

Beschluss des Landrats vom 26.03.2026

Nr. 1644

25. Richtplan Salina Raurica überarbeiten – Volksentscheid ernst nehmen 2025/156; Protokoll: bw

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) informiert, der Regierungsrat nehme das Postulat entgegen und beantrage gleichzeitig dessen Abschreibung. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Christine Frey (FDP) führt aus, das Postulat verlange keine Rückabwicklung, sondern eine strategische Neubewertung der heutigen Mobilitäts- und Standortrealität. Erstens soll eine strategische Gesamtüberprüfung der Entwicklungsplanung für Salina Raurica vorgenommen werden. Zweitens will das Postulat, dass die Verkehrserschliessung, die städtebaulichen Leitbilder und die Rolle der Rheinstrasse unter den heutigen Voraussetzungen neu beurteilt werden. Drittens sollen zukunftsgerichtete Mobilitätsvarianten, zum Beispiel autonome Systeme, E-Mobilität und so weiter, systematisch mit einbezogen werden. Viertens müssen der Rückbau und die Entwicklung der Rheinstrasse sistiert werden, bis die Prüfung abgeschlossen ist. Dies ist mittlerweile überholt. Fünftens soll dem Landrat ein Bericht vorgelegt werden, der die Auswirkungen des Neins zum Tram sowie Varianten und Szenarien unter Einbezug der Gemeinden aufzeigt.

Die Stellungnahme des Regierungsrats ist formal korrekt, aber politisch ungenügend. Er verweist auf den Richtplan von 2009, blendet aber aus, dass sich die Realität in diesem Gebiet seither grundlegend verändert hat. Planungssicherheit ist wichtig – darüber sind sich alle einig. Sie entsteht aber nicht durch das Festhalten an alten Annahmen, sondern durch aktuelle und realistische Grundlagen. Der Regierungsrat sagt, dass der Richtplan rechtskräftig sei und deshalb unverändert bestehen bleiben müsse. Christine Frey sieht dies anders. Rechtskraft ersetzt keine strategische Aktualisierung. Der Richtplan Salina Raurica stammt aus einer Zeit, als das Tram noch als zentrale Erschliessungsachse eingesetzt wurde. Nach dem Volks-Nein fiel diese Grundlage weg. Wenn sich die Realität ändert, muss auch die Planung angepasst werden, sonst schafft man Unsicherheit anstatt Verlässlichkeit.

Eine strategische Überprüfung ist kein Bruch mit dem Richtplan, sondern eine notwendige Weiterentwicklung. Nur so können Gemeinden, Investoren und Bevölkerung nachvollziehen, wohin sich das Gebiet in Zukunft entwickeln soll. Salina Raurica braucht eine realistische, wirtschaftlich tragbare Perspektive und nicht das Fortschreiben von Konzepten, die vor über 16 Jahren entworfen wurden. Der Volksentscheid ist ernst zu nehmen und das Vertrauen muss zurückgewonnen werden. Salina Raurica muss endlich zukunftsfähig aufgestellt werden. Aus diesem Grund wird gebeten, das Postulat zu überweisen und nicht abzuschreiben.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) macht es kurz: Die zentralen Fragen des Postulats wurden bereits im Herbst 2024 mit der Beantwortung von drei Postulaten, in denen es um die «Kapazitätsüberprüfung der Verkehrsschliessung Salina Raurica», um «Mobilität Salina Raurica: Prüfung alternativer Massnahmen» und um «Salina Raurica neu denken» ging, beantwortet. Alle diese Vorstösse stammten aus den Jahren 2021 und 2022, also nach besagter Abstimmung. Diese drei Postulate wurden damals eingereicht, sie wurden geprüft und beantwortet und von der Bau- und Planungskommission im November 2024 einstimmig abgeschrieben. Die in dem vorliegenden Postulat aufgeworfenen Fragen wurden bereits geprüft und beantwortet. Aus diesem Grund beantragt der Regierungsrat, das Postulat zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben.

Urs Kaufmann (SP) sagt, es handle sich um ein seltsames Postulat, das einem wie die alte Fasnacht vorkommt. Das Tram wurde 2021 abgelehnt. Dabei handelt es sich jedoch nicht um einen

definitiven Entscheid für alle Ewigkeit. Vier Jahre später kommt ein Postulat, das eine komplette Neuplanung in Salina Raurica möchte. Die relevanten Teile der Rheinstrasse sind weitgehend zurückgebaut. Das lässt sich nicht mehr retten. Es wurde bereits längstens eine neue Strasse beschlossen und diese wurde an besserer Lage auch bereits gebaut. Dieser Aspekt ist also entschieden und abgeschlossen.

Die Gemeinden Pratteln und Augst haben ihre Nutzungsplanungen vorangetrieben, basierend auf dem Richtplan. Sie sind natürlich schon darauf angewiesen, dass die Planungen auf Kantonsebene eine gewisse Beständigkeit haben und sie auch auf der Richtplanung aufbauen können, ohne dass die Gefahr besteht, dass der Landrat alles über den Haufen wirft. Würde man die Richtplanung aber noch einmal anschauen, müsste man zum Schluss kommen, dass es im Moment keine Tramverlängerung gibt, also müsste man auch die Nutzung, die dort möglich sein soll, deutlich reduzieren, weil man dann eine zu geringe ÖV-Erschliessung in diesem Gebiet hat. Entsprechend kann nicht die gleich hohe Nutzung, wie im Rahmen der Richtplanung angedacht, realisiert werden. Eine Anpassung der Richtplanung unter der Prämisse, es werde dort nie ein Tram geben, könnte also ein Eigentor werden.

Das Tram ist mit dem Entscheid aus dem Jahr 2021 nicht definitiv und auf alle Ewigkeiten beendet. Das sieht auch die Gemeinde Pratteln so. Sollte es dort in 20, 30 Jahren zu einer Weiterentwicklung kommen, muss die Frage nach einer Tramverlängerung nochmals diskutiert werden. Die Planung war sehr langwierig und die Gemeinden bauen darauf auf. Das Ganze jetzt noch einmal zu überarbeiten, bringt nichts. Zudem wurden bereits Fakten geschaffen wie beispielsweise mit dem Bau einer neuen Rheinstrasse an einer anderen Lage.

Peter Hartmann (Grüne) hält zum Vorstosstitel «Richtplan Salina Raurica überarbeiten – Volksentscheid ernst nehmen» fest, dass das Volk über die Tramverlängerung abgestimmt habe. Nach der Abstimmung hat der Regierungsrat das Projekt sofort gestoppt. Die Vorwürfe an Regierungsrat Isaac Reber sind happig. «Trotz kritischer Stimmen im Landrat wurde die Verlegung der Rheinstrasse weiterverfolgt.» Immerhin handelte es sich um ein rechtskräftiges Projekt, das von der Vorgängerin von Regierungsrat Isaac Reber, von Regierungsrätin Sabine Pegoraro, aufgelegt wurde. Dass die Verlegung der Rheinstrasse einfach primär auf das Tram abgestimmt gewesen sein soll, ist einfach nicht richtig. Als die neue Strasse projektiert wurde, hat man einfach den aktuellen Stand des damaligen Tram-Ausbaus berücksichtigt, weil nämlich das Tram die Autobahn und somit auch die neue oder verlegte Rheinstrasse hätte überqueren müssen. Dieser Aspekt wurde berücksichtigt.

Eine Frage an Christine Frey: Sie hat selbst gesagt, dass Forderung 4 – auf den weiteren Rückbau oder die Entwicklung der Rheinstrasse bis zum Abschluss dieser Überprüfung zu verzichten – überholt sei. Wird diese Forderung entsprechend aus dem Postulat gelöscht?

Silvio Fareri (Die Mitte) erinnert sich an die Sitzung vor zwei Wochen, als Christine Frey Geburtstag hatte und Geschenke in Form von überwiesenen Vorstössen erhielt. Dieses Geschenk kann ihr die Mitte-Fraktion heute leider nicht machen. Das vorliegende Postulat greift einige Punkte auf, die absolut prüfenswert sind. Kritisch ist aber der Punkt zur Vorlage einer Revision des kantonalen Richtplans. Eine Mehrheit der Mitte-Fraktion ist der Auffassung, der jetzige kantonale Richtplan schaffe weiterhin Rechtssicherheit für Unternehmen wie auch für Eigentümerschaft, Politik und Bevölkerung. Eine Änderung hätte einen langwierigen Prozess zur Folge und würde unter Umständen zu einer schlechteren Variante führen. Für ein Areal, das der Regierungsrat im Rahmen der Standortförderung als besonders wichtig evaluiert hat, wäre das ein falsches Zeichen und würde mögliche Investoren für Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte abschrecken. Wie Christine Frey bereits selbst erwähnt hat, sind die Arbeiten am Rückbau der Rheinstrasse bereits vorangeschritten. Dort lässt sich nichts mehr machen. Auch das räumliche Entwicklungskonzept der Gemeinde Pratteln ist erstellt und zwar unter breiter Mitwirkung der Bevölkerung und auch des Pratteler Ein-

wohnerrats. Somit sind praktisch alle Punkte des Postulats bereits geprüft oder halt schlichtweg nicht umsetzbar. Eine Mehrheit der Mitte-Fraktion lehnt deshalb das Postulat ab beziehungsweise wird für die Überweisung und Abschreibung stimmen.

Matthias Ritter (SVP) erklärt, das Volk habe sich klar gegen den Tramausbau ausgesprochen und damit gegen die zentrale Grundlage des heutigen Richtplans. Trotzdem wird einfach weitergebaut, als wäre nichts passiert – das kann nicht der richtige Weg sein. Der Regierungsrat sagt, der Rückbau der Rheinstrasse sei rechtlich beschlossen. Rechtskraft bedeutet aber nicht, dass man blind weitermachen muss. Wenn sich Grundannahmen ändern, gehört es zur Verantwortung des Kantons, innezuhalten und zu prüfen, ob die Richtung noch stimmt. Salina Raurica ist eines der wichtigsten Entwicklungsgebiete dieses Kantons. Es verdient eine Planung, die zur Realität passt, nicht zu dem Szenario von gestern. Eine strategische Zwischenbilanz ist kein Hindernis, sondern eine Chance, teure Fehlentscheidung zu verhindern, bevor irreversible Fakten geschaffen werden. Deshalb soll das Postulat angenommen, aber nicht abgeschrieben werden. Wer den Volksentscheid ernst nimmt, muss bereit sein, eine neue Planung zu überdenken.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) schliesst sich Silvio Fareri an. Es ist relativ eindeutig: Es wurde ein Richtplan gemacht, auf den die Gemeinden Pratteln und Augst ihre ganze Nutzungsplanung abgestimmt haben. Das ist jetzt rechtsgültig und auch deutlich jünger als von 2009. Was die beiden Gemeinden auf dieser Basis an Nutzungsplanungen festgelegt haben, gibt nun einen stabilen Rahmen. Es gab auch eine Sistierung in Salina Raurica Ost. Würde man jetzt damit beginnen, die Planungsgrundlagen wieder von vorne aufzurollen, wäre das eine ziemlich mühsame Geschichte, denn es wurde bereits alles gebaut, was der Landrat beschlossen hat. Der Hauptkern betrifft aber das Thema Effizienz: Es gab drei Postulate, die im November 2024 von der BPK abgeschrieben wurden. Die Fragen sind geprüft, es wurde berichtet und die Kommission hat einstimmig entschieden. Es wäre nicht effizient, diesen Vorstoss erneut zu überweisen, zumal er um Jahre zu spät kommt.

://: Bei einem Stimmenverhältnis von 37:37 Stimmen und mit Stichentscheid des Präsidenten wird das Postulat überwiesen und mit 44:30 Stimmen abgeschrieben.
